

mich, vordringlich wegen Verunglimpfung der staatlichen Organe und nachrangig wegen Beleidigung, und fügte den umfangreichen Unterlagen auch das Blatt vom 23.10.2001 bei, ohne hierbei zu benennen, dass er dieses Blatt im Rahmen eines ca. 20seitigen Anschreiben erhalten hat, das als Reaktion auf die auch in seinem Namen in der Zeitung erfolgte öffentliche Verleumdung erstellt wurde. Im gesamten Anschreiben vom 23.10.2001, ging es darum, dass es unsererseits nicht hinnehmbar ist, wenn die Ärzte, anstatt Beweise über die von ihnen behauptete erfolgte Verifikation der Infektionstheorie vorzulegen, öffentlich in der Zeitung eine Verleumdung gegen uns richten.

Die Verleumdung bestand darin, dass die Ärzte als Tatsache behauptet hatten, sie hätten sich mit unserer Satzung befasst und da etwas festgestellt um auf diese Lüge aufbauend eine ehrverletzende Vermutung über den Inhalt der Satzung verbreiten zu können. Vor Gericht behauptete Dr. Weber, er habe gegenüber der Zeitung nie behauptet, dass ihm die Satzung vorgelegen habe. Diese Behauptung habe der Redakteur erfunden und danach habe die Zeitung eine Richtigstellung verweigert. Dr. Weber behauptete vor Gericht, die Bayerische Ärztekammer hätte ihm abgeraten, auf mein an ihn als Vorsitzenden des Ärztlichen Kreisverbands in Rosenheim mit Datum vom 12.10.2001 gerichtetes Anschreiben, mit dem ich auf die Verleumdung reagierte, zu antworten. Da Dr. Weber mir bis zum 22.10.2001 nicht mitgeteilt hat, dass er die Angelegenheit ernsthaft prüft, sandte ich Kopien des Schreiben an Dr. Weber, mit Datum vom 23.10.2001 an ca. 60 Rosenheimer Ärzte, zur Klärung der Frage, ob diese Verleumdung tatsächlich in deren Auftrag und Namen erfolgt ist und legte aus dem aktuellen Anlass der Anthraxanschläge das Blatt bei, das Grundlage dieses Strafverfahrens ist.

Auf S. 40f der schriftlichen Urteilsbegründung behauptet Richter Dr. Weidmann, dass hinsichtlich der Tatsachenbehauptung, derzufolge sich die Ärzte mit der Satzung befasst haben, „nur von einer Vermutung die Rede ist, die noch näherer Prüfung bedürfe.“ Die Zeitung hatte als Aussage der Ärzte verbreitet: „Ferner habe sich der Ärztliche Kreisverband mit der Satzung des Vereins „Wissenschaft, Medizin und Menschenrechte“ befasst und festgestellt, ...“. Richter Dr.